



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-07-Wo-Go)

18. Februar 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 11. bis 15. Februar 2019

Montag, 11. Februar 2019

1 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (15. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema: „Wanderungssaldo von Studienanfänger*innen in Deutschland“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Aktueller Status und Zukunft des paläon“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, das paläon in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 zu besuchen und dort eine Ausschusssitzung durchzuführen.

3. **[Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern](#)**
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2582](#)

Der Ausschuss kam überein, sich in seiner nächsten Sitzung am 4. März 2019 durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen. Ferner verständigte er sich darauf, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Als Termin nahm er den 29. April 2019 in Aussicht.

4. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss verständigte sich darauf, in seiner Sitzung am 4. März 2019 die Planungen zur Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise fortzusetzen.

2 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (32. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung für den Abschuss des Wolfes GW717m**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über
- den Sonderbericht zur Dokumentation der Ortswahl gemäß 39. BImSchV und
- die Untersuchung der NO₂-Konzentration im Umfeld der LÜN-Messstation am Beispiel der Station am Heiligengeistwall in Oldenburg**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. a) **[Unsere Meere und Gewässer schützen: Stoppt die Plastikflut!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2425](#)**
b) **[Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2035](#)**

Der Ausschuss führte zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheit- und Energietechnik (UMSICHT)
- Alfred-Wegener-Institut
- ChemieNord - Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie in Norddeutschland e. V.
- BUND Landesverband Bremen e. V., Meeresschutzbüro
- Polytan GmbH
- Frischmann Kunststoffe GmbH

4. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand zum Brand in der Brennelementfabrik in Lingen**

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

3 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ (3. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **[Fortsetzung der Erörterung zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung-](#)**

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - fort und hörte dazu Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen und des Verbandes der Ersatzkassen sowie Prof. Dr. Nils Schneider.

2. Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung

Die Kommission legte die Tagesordnung der nächsten Sitzung fest.

3. Verschiedenes

Mittwoch, 13. Februar 2019

4 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(24. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

2. [Wirkung von Zwangsmaßnahmen erhöhen - Rechtsprechung effektiv durchsetzen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2028](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch das Justizministerium und eine Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes entgegen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. Unterrichtung der Landesregierung über eine gegen das Landgericht Hannover gerichtete Bombendrohung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. Verfassungsgerichtliches Verfahren: Verfassungsbeschwerde des Herrn B..., vertreten durch Rechtsanwalt Werner Forkel, Steinweiler..., gegen

a) den Beschluss des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 1. Februar 2017
(7 LA 35/16)

b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg vom 3. Februar 2016
(5 A 7/14)
Az.: 1 BvR587/17)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

5. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss legte Termine für auswärtige Sitzungen fest.

5 Unterausschuss „Verbraucherschutz“ des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem aktuellen Sachstand bezüglich des Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN)

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat mit Blick auf die Arbeit der interministeriellen Projektgruppe, noch einmal Ende April/Anfang Mai über den dann aktuellen Sachstand unterrichtet zu werden.

2. [Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen](#) [Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1394](#)

Der Unterausschuss schloss sich der Empfehlung des federführenden Ausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: Grüne

Enthaltung: FDP

3. Terminplanung

Der Unterausschuss kam überein, seine für den 13. März 2019 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

Ferner verständigte er sich darauf, am Rande des Märzplenums zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich in der Drucksache 18/2769 sowie zur Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise zusammenzukommen.

6 Petitionsausschuss (15. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte 55 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss eine Eingabe in **vertraulicher Sitzung**.

2. **Beratung über das weitere Verfahren**

- abgeschlossene Eingabe 01685/11/17

Der Ausschuss besprach das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der oben genannten Eingabe und beschloss einvernehmlich, dem Verfahrensvorschlag der Landtagsverwaltung zu folgen.

3. **Öffentliche Petitionen**

Der Ausschuss besprach elf Eingaben, bei denen die Petenten eine Veröffentlichung erbeten hatten.

4. **Verfahrensangelegenheiten**

Beratung über ein Verfahren bezüglich der Frist zur Vorlage der Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zu Eingaben nach § 51 Abs. 5 Satz 1 GO LT

Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, dem Verfahrensvorschlag der Landtagsverwaltung zu folgen.

5. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss beschloss, den in Rede stehenden Sitzungstermin am 6. März 2019 wahrzunehmen. Da die FDP-Fraktion nicht an der Sitzung teilnehmen kann, kam der Ausschuss überein, in dieser Sitzung lediglich Eingaben - einschließlich der Petitionen, um deren Veröffentlichung die Einsender bitten (Öffentliche Petitionen) - zu behandeln, für die übereinstimmende Beschlussvorschläge der Berichterstatter vorliegen. Eine Beratung soll jedoch nur stattfinden, soweit vonseiten der FDP-Fraktion weder ein davon abweichendes Votum noch Beratungsbedarf signalisiert wird.

7 **Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes** (19. - vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu NSU 2.0:
Taucht der „Nationalsozialistische Untergrund“ als Polizeizelle wieder auf? Gibt es Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Drohungen gegen Rechtsanwältin Seda Basay-Yildi sowie Zusammenhänge mit der Bombendrohung und der hessischen Polizeigruppe?**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu vorliegenden Erkenntnissen über Klu Klux Clan und Bezüge zu anderen „NS-/Rechten Gruppierungen“ und deren bundesweiten Aktivitäten, insbesondere zu Gewaltbereitschaft, Bedrohungslage, Personalstärke**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Ergänzender Bericht der Landesregierung zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Diesen Punkt setzte der Ausschuss von seiner Tagesordnung ab.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Donnerstag, 14. Februar 2019

8 Ausschuss für Inneres und Sport (44. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **[Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Rettungskräfte und Ehrenamtliche sind nicht hinnehmbar - Land und Kommunen müssen gemeinsam aktiv werden](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1175](#) neu

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

2. **[Duale Karriere von paralympischen und olympischen Athletinnen und Athleten im Landesdienst ermöglichen](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/353](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Der Ausschuss strebt eine Verabschiedung des Antrags im nächsten Plenarsitzungsabschnitt an und bittet den Ausschuss für Haushalt und Finanzen um rechtzeitige Mitberatung.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Bürgschaften für Flüchtlinge“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung vereinbarte der Ausschuss eine auswärtige Sitzung im Simulations- und Trainingszentrum Hannover des Deutschen Roten Kreuzes am Vormittag des 27. Juni 2019.

9 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(35. Sitzung)

Beratungsthemen:

- a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu
- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, nach § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um Mitberatung der Gesetzentwürfe zu bitten.

Im Folgenden führte der Ausschuss zu den Gesetzentwürfen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- ver.di, Landesbezirk Niedersachsen/Bremen
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
- Katholisches Büro Niedersachsen
- Industrie- und Handelskammer Niedersachsen
- Unternehmerverbände Niedersachsen
- Landesinnungsverband der Konditoren in Niedersachsen
- Heilbäderverband Niedersachsen

10 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(36. Sitzung)

Beratungsthemen:

- a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu
- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

Der Ausschuss setzte die in der 35. Sitzung begonnene Anhörung zu den Gesetzentwürfen fort. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen
- Verband Deutscher Garten-Center
- Wirtschaftsverband Gartenbau Norddeutschland
- Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland, Landesverband Niedersachsen - Bremen
- DIE FAMILIENUNTERNEHMER
- Allianz für den freien Sonntag, Landesverband Niedersachsen
- Handelsverband Niedersachsen-Bremen

11 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(23. Sitzung)

Beratungsthema:

[Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung durch den mitberatenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

Außerhalb der Tagesordnung besprach der Ausschuss Terminfragen und kam überein, auf die für den 9. Mai 2019 vorgesehene Sitzung zu verzichten und als Reserve- und Ausweichtermin eine Sitzung für den 2. Mai 2019 vorzusehen.

Freitag, 15. Februar 2019

12 Kultusausschuss
(23. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Fernbleiben vom Unterricht wegen ‚Fridays for future‘“**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig und nahm als Termin für die Unterrichtung die Sitzung am 15. März 2019 in Aussicht.

2. a) **[Sozialindikatorensystem für niedersächsische Schulen einführen](#)**
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1386](#)

b) **[Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen stärker unterstützen - Ressourcen bedarfsgerechter zuteilen](#)**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1393](#)

Der Ausschuss führte zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung

3. [Kritische Auseinandersetzung mit NS-Propaganda fördern - Dokumentations- und Lernort am Bückeberg in Emmerthal unterstützen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/645](#)

hier: Unterrichtung zum aktuellen Planungsstand des Gedenk- und Lernortes Bückeberg durch den neuen Geschäftsführer der Dokumentations- und Lernort Bückeberg gGmbH, Herrn Alexander Remmel

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. [Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1522](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. [Einrichtung einer Enquetekommission zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Schule](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2142](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er beschloss, dem Ältestenrat einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung zu übersenden.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kam überein, den Sitzungstermin am 8. März 2019 nicht wahrzunehmen.

13 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit Verkehr und Digitalisierung (28. Sitzung)

Beratungsthemen:

- a) [HVV stärken - Nahverkehr im Hamburger Umland vernetzen und ausbauen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2031](#)
- b) [HVV-Qualitätsoffensive - Nahverkehr im Hamburger Umland stärken, optimieren, vernetzen und ausbauen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2577](#)

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss einvernehmlich, die Anhörung zu den o. g. Anträgen um eine schriftliche Anhörung der Eisenbahngesellschaften Deutsche Bahn AG, metronom Eisenbahngesellschaft mbH, erixx GmbH Eisenbahnen und der Verkehrsbetriebe Elbe-Weser (evb) zu erweitern.

Im Anschluss daran führte der Ausschuss zu den Anträgen eine mündliche Anhörung durch. Angehört wurden:

- DGB Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Hamburger Verkehrsverbund GmbH
- Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH
- Fahrgastverband PRO BAHN
Regionalverband Hamburg und Umland
- Fahrgastbeirat für den Landkreis Harburg
- Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Landesgruppe Niedersachsen/Bremen
- heinrail consult

Im Auftrage

Wiesehahn